Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1947

23 (5.6.1947)

Visual Library

. Mai 1947

OCHE

w, Mitbe- / ischen So- / estorben. / Dichter und / torben. / ens, flämi- / orben. / gs-Vertrag / und der / a Luxem- / ner Land- / den. / Dichter, / Komponist, / Volk ent- / einer Ab- / publik. / ehemalig. / Obersten / n. / der schle-

ng

endet wer- / se entsteht / n wieder / opra ein- / n ewiger / le müßten / Fett und / ichenrech- / tigkeit un- / zerredet. / f allerlei / sie nach / l. / iberall die / vertreten: / sitz muß / einpächter

tlinge - / erge

gsgesetzes / len Land- / n bekom- / besitz auf- / en Bauern / n, werden / gsgesetzes / Garten- / geben und / uern. In / die Neu- / ungünsti- / aus einem / lashausen, / , erreicht,

n Berge

n erstmal / 5 Minuten / e Land ist / klasse und / bepflanzt, / ch keines / zurechnen, / , die auf / rchgeführt / is haben / , daß auch / Stelle des / ine wirk- / urch wel- / nung des / esitzes er-

gemeinen / verein / egh

Badisches
VOLKSECHO
WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 23 — Mannheim, 5. Juni 1947 — Preis 15 Pfg.

Nicht Spaltung sondern Einheit!

Von Max **Fechner**, Mitglied des Vorstandes der S.E.D.

Welches sind die Ursachen, daß Hunger und Desorganisation das Volk auf die Straßen treibt, um zu zeigen, daß es so nicht weitergehen kann.

Es gibt nur eine Antwort: Es fehlt die einige, geschlossene politische Kraft, die allein aus der Einigkeit des werktätigen Volkes hervorgehen kann. **Die Spaltung der sozialistischen Bewegung ist die tiefste Ursache für die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Westzone.**

Die SPD-Führung hat mit ihrer parteiegoistischen Politik klar bewiesen, daß sie nicht imstande ist, den reaktionären Kräften und dem wirtschaftlichen Verelendungsprozeß Einhalt zu gebieten. Während die beiden sozialistischen Parteien sich wie nach 1918 sinnlos bekämpfen, gewinnt die Reaktion eine Position nach der anderen zurück und schürt diesen Bruderkampf, an dem sie nur gewinnen kann. Es ist endlich an der Zeit, daß auch die SPD-Führung die Aussichtslosigkeit und die Gefahr ihres Kampfes gegen die linken Sozialisten erkennt und sich mit vereinten Kräften gegen den wirklichen Feind wendet, der rechts steht und nicht links. Wie lange soll dieser unproduktive Kampf der Sozialisten und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland gegeneinander noch anhalten? Wie lange wollen wir unsere Kraft noch damit vertun, daß wir uns gegenwärtig diffamieren und den ehrlichen Willen zu einer deutschen Aufbaupolitik im Sinne der Demokratie und des Sozialismus absprechen?

Soll etwa dieses kurzsichtige Spiel solange getrieben werden, bis ein neues 1933 die Parteibrille schonungslos von den Augen reißt?

Der Wille zur Einheit ist tief und stark in den werktätigen Massen und wird immer stärker und eindringlicher werden, je mehr das Volk erkennt, daß es ohne die interessengeeinte sozialistische Bewegung in Deutschland keinen Ausweg aus der Not geben kann. Wer für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung kämpft, der kämpft zugleich für die Einheit Deutschlands und für die Sicherung der Demokratie.

Nicht Spaltung, sondern Einheit ist das Ziel!

„Immer links halten!"

Eine Gruppe von 15 jüngeren Labour-Abgeordneten brachte in einer Broschüre mit dem Titel „Immer links halten" ihre Ansicht in Fragen der britischen Politik zum Ausdruck.

Diese besonders aktiven Abgeordneten der Labour-Party halten insbesondere in Anbetracht des Mangels an Arbeitskräften die Stärke der Streitkräfte für zu hoch und fordern ihre Herabsetzung von 640 000 auf 340 000 Mann bis März 1948.

Die Besprechungen des britischen Generalstabes mit nichteuropäischen Mächten sollen sofort aufgehoben werden. Außerdem soll die Herstellung von Atomwaffen sofort eingestellt und alle Rüstungen durch die UN kontrolliert werden.

Die Gruppe fordert ein politisch geeintes, sich selbst regierendes Deutschland, dessen Wirtschaft in die Planwirtschaft der Nachbarvölker eingebaut ist und keine selbständige Schwerindustrie haben darf.

In der Schrift wird bezüglich der Sowjetunion ein Bündnis mit reaktionären Kräften entschieden abgelehnt, um dem sowjetischen Mißtrauen den Boden zu entziehen.

Volksecho rettet 500 Ster Holz vor dem Verderb!

Unser Hinweis im Volksecho am 13. März, daß bei Schlierstadt im Kreise Buchen eine große Menge Holz der Gefahr des Verderbens ausgesetzt ist, hatte erfreulicherweise die Wirkung, daß sich die Forstbehörden um die Behebung des Mißstandes bemühten. Schon vor dem Erscheinen unserer Meldung hatte der Bürgermeister von Schlierstadt vergeblich auf die Abstellung des Mißstandes gedrängt.

Nun endlich wurde das Holz abgefahren und somit vor dem Verderb gerettet. Auch ein Beweis dafür, wie notwendig das Aufzeigen von Mißständen und die Alarmierung der Oeffentlichkeit ist.

✝ Kreuz und quer —

NSDAP-Mitgliedschaft auf Anweisung von London!

Dem Daily-Telegraph vom 5. 5. 1947 entnehmen wir, daß deutsche Nazis der englischen Militärregierung Bescheinigungen britischer Geschäftsleute vorlegen, in denen bestätigt wird, daß sie nur der NSDAP beigetreten seien, um die deutschen Interessen britischer Firmen zu schützen. So besagt z. B. einer dieser Ausweise, daß der Leiter der deutschen Zweigstelle einer wohlbekannten britischen Firma im Jahre 1933 von London aufgefordert wurde, Mitglied der NSDAP zu werden, da man befürchtete, daß die Firma sonst keine weiteren deutschen Aufträge bekommen würde.

Politische Strafen werden nicht gestrichen.

Der Württembergisch - Badische Landesausschuß für politisch Verfolgte teilte mit, daß das Ministerium es ablehne, die politischen Strafen im Strafregister zu streichen, nach denen politisch Verfolgte auf Grund des Ausbürgerungsgesetzes vom 14. Juli 1933 der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig gingen. Dies könne erst im Rahmen der Wiedergutmachung geregelt werden. („Tagesspiegel", Berlin, 5. 5. 1947).

Kein Wunder, daß...

Ein Mann, der 1935 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er sich gegen das Naziregime betätigt hatte, konnte 1947 beim Vermessungsamt Heidelberg nicht eingestellt werden, weil seine Strafe im Strafregister noch nicht gelöscht ist.

Ein Mann, Vorstand einer Ortskrankenkasse, mußte sein Amt abgeben, weil er auf Grund des Ausbürgerungsgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatte. Seit dem Einmarsch der Alliierten hat scheinbar noch niemand Zeit gehabt, die Maßnahmen Hitlers zu korrigieren. Kein Wunder, daß die Nazis an den Ecken stehen und über diese Demokratie lächeln. („Schwäbisches Tagblatt", Tübingen, 5.5. 47.)

Demokratische Bodenreform

Die vier Außenminister sind in Moskau übereingekommen, bis Ende 1947 in ganz Deutschland eine Bodenreform durchzuführen. Bei der Durchführung dieses Beschlusses ist man von drei Grundsätzen ausgegangen:

1. Die Bodenreform muß das den Bauern geraubte Land der Großgrundbesitzer in die Hände derjenigen überführen, die es im Schweiße ihres Angesichts selbst bearbeiten.
2. Die Bodenreform muß der gefährlichsten Gruppe der deutschen Reaktion die materiellen Grundlagen ihrer Macht endgültig und unwiderruflich entziehen.
3. Die Bodenreform darf sich nicht auf den bäuerlichen Besitz erstrecken.

(„Tägl. Rundschau", Berlin, 5. 5 47.)

Ein Saboteur des Wiederaufbaus Mannheims

Der Nazi und Bauplattenfabrikant **Schäfer** in Rheinau erweist sich immer mehr als ein notorischer Saboteur des Wiederaufbaus unserer Stadt. Er erhielt für besondere Verdienste im Dritten Reich eine Ehrennadel und damit verbunden eine große Geldsumme, den Dr. Todt-Preis. Er ist schuldig daran, daß einer seiner Angestellten von den Hitlerfaschisten ins KZ gebracht wurde, und er hat das Eingeständnis seiner Schuld in schriftlicher Form festgelegt, wobei er die Erwartung aussprach, daß mit der Zahlung eines Schmerzensgeldes von 5000 RM die „Angelegenheit erledigt" sei.

Ein solcher Mann kann unter keinen Umständen in leitender maßgebender Stellung weiter tätig sein. Darüber hinaus beweist sein Geschäftsgebaren seit 1945, daß er nicht das Allergeringste aus der Vergangenheit gelernt hat und nicht bereit ist, sich dem Wiederaufbau einzugliedern. Die Erzeugnisse seines Werkes, eine Bauplatte, die sogen. Schäfer-Platte, stellt er nicht, wie dies selbstverständlich wäre, für den Aufbau unserer zerstörten Stadt zur Verfügung, sondern benützt sie, um ausgedehnte private Kompensationsgeschäfte durchzuführen.

Es gab keine andere Lösung, als die, welche die Kommunisten seit über einem Jahre vorschlagen: Völlige Ausschaltung des Nazis und aktiven Saboteurs am Wiederaufbau Schäfer und Uebernahme seines Betriebes in die Hand der Stadt. Leider hat sich die Stadtverwaltung nicht für diese einzige richtige Lösung entschließen können und beschritt den Weg eines Kompromisses mit einem Mann, der erwiesenermaßen ein hundertprozentiger Vertreter des Gestern ist. Ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb sollte geschaffen werden, wobei 49 Proz. der Geschäftsanteile bei Schäfer verbleiben und 51 Proz. dieStadt übernehmen sollten. Die Befürchtungen, welche die Kommunisten anläßlich dieser beabsichtigten Regelung hegten, wurden in vollem Umfang bestätigt. Schäfer benützte die Verhandlungen und den beabsichtigten Vertrag mit der Stadt, um sich vor der Spruchkammer beschleunigt weiß waschen zu lassen und kaum im Besitz eines hundertprozentigen Entlausungsscheines erklärt er — „nach Beratung durch meine Freunde"! — nicht auf die wirklich entgegenkommenden Vorschläge der Stadt eingehen zu können. Wir kennen seine Freunde und werden nicht verfehlen, die Hintergründe des anmaßenden und frechen Verhaltens eines üblen Nazidenunzianten und anmaßenden und frechen Saboteurs des Wiederaufbaus aufzudecken. Einstweilen hat die Stadt Mannheim den Teil der jüngsten Produktion des Schäfer-Werkes, den Schäfer noch nicht „kompensiert" hatte, beschlagnahmt, um ihn dem Aufbau Mannheims zuzuführen. Darüber hinaus wurde bei der Regierung ein Enteignungsverfahren eingeleitet. Es ist auch zu hoffen, daß die Spruchkammer Mannheim ihren Entscheid über den gefährlichen Nazisaboteur Schäfer einer Revision unterzieht, damit dieser für alle Zukunft aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet bleibt und nicht weiterhin den Wiederaufbau Mannheims hemmen kann.

„Badisches Volksecho" für deutsche Kriegsgefangene

Ab sofort ist der Briefverkehr mit deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien zugelassen worden. Damit ergibt sich die Möglichkeit, auch in jugoslawische Kriegsgefangenenlager das Badische Volksecho zu schicken. Viele Kriegsgefangene, deren Angehörige für sie das Badische Volksecho abonniert haben, schreiben uns aus der Sowjetunion und aus Frankreich und bestätigen uns, daß es eine große Freude für sie ist, eine fortschrittliche Zeitung aus der Heimat zu erhalten. Unsere Kriegsgefangenen wollen teilnehmen an dem Geschehen in der Heimat. Deshalb abonniert für sie das Badische Volksecho.

AUS ALLER WELT

- **Die rumänische Industrie** wird für fünf Jahre unter staatliche Kontrolle gestellt.
- **Die Todesstrafe** wurde in der Sowjetunion abgeschafft.
- **Infolge Ueberangebot von Fetten** ist in den Vereinigten Staaten der Preis für tierische Fette bis zu 50 Prozent unter den Preis vom März dieses Jahres gefallen.
- **Eine starke Gruppe innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs** verlangt Beteiligung der Kommunisten an der Regierung, und wendet sich gegen die Unterdrückung der Streikbewegung durch die Regierung Ramadier.
- **Der „Umschwung zum Sozialismus"** in Europa verzögere den Wiederaufbau, erklärte der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, in einem Memorandum.
- **Die Universitätsprofessoren in Schanghai streiken** als Protest gegen die Massenverhaftung von Studenten, die auf Grund einer Verfügung der Regierung, alle bekannten Kommunisten festzunehmen, verhaftet wurden.
- **Die Entscheidung über das Verbot der Kommunistischen Partei in Brasilien** wurde vom obersten Gerichtshof „mangels genügender Beweise" aufgeschoben.
- **In Italien hat „de Gaspari" eine neue Regierung** unter Ausschluß der Kommunisten gebildet. Ein Mailänder Großindustrieller, Cesare Merzagora, gehört dem Kabinett an.

Badische Landesbibliothek

Immer wieder Gegenstand reaktionärer Hetze:

Unsere Kriegsgefangenen

Die Gesamtzahl der deutschen Kriegsgefangenen wurde auf der Moskauer Konferenz mit nahezu 3 Millionen angegeben. In der Sowjetunion befinden sich davon 890 000.

Die sozialdemokratischen Führer wissen es besser. „4 Millionen müssen in der Sowjetunion sein"!

„Um die Unruhe in der deutschen Bevölkerung zu mildern" wurde die Aktion gestartet: „Die Sozialdemokratische Partei bittet alle deutschen Familien, die gefangene oder vermißte Angehörige in Rußland haben, um Nachrichten an die Kriegsgefangenenhilfe der SPD in Hannover".

Plakate, Flugblätter der SPD richten sich ausschließlich gegen die KPD und SED und sollen den Eindruck erwecken, als ob diese schuld seien, daß es Kriegsgefangene und vor allem noch Kriegsgefangene gibt. Daß die übergroße Zahl der deutschen Kriegsgefangenen sich in den westlichen alliierten Ländern befinden und nicht in Rußland, wird mit keinem Wort erwähnt. Im Gegenteil, dieser Tatbestand ist es, der nicht in den Kram der sozialdemokratischen Hetze paßt.

Vor der Moskauer Konferenz hatte der Kölner Kardinal Josef **Frings** als Zahl der deutschen Kriegsgefangenen 5 Millionen genannt. Im Vergleich mit der Ziffer von 3 Millionen der Moskauer Konferenz bleibt also eine klare Differenz von 2 Millionen, wenn man unterstellt, daß die Angabe des Kardinals der Wirklichkeit entspricht oder nahekommt.

Für jeden Menschen erhebt sich die Frage, wo sind die 2 Millionen Menschen oder wo sind sie geblieben. Wir haben uns das auch gefragt. Anstelle an sich notwendiger allgemeiner Antworten, wollen wir zwei konkrete Tatsachen anführen. Die **amerikanische Nachrichten-Agentur** in Deutschland (International News Service) gab am 2. April 1947 eine Meldung durch, wonach die verantwortlichen Stellen der früheren deutschen Wehrmacht den Tod von insgesamt 1½ Millionen im Kriege gefallener Deutscher nicht bekannt gegeben haben. Allein bei der Beschlagnahme der Akten der ehemaligen **Wehrmacht-Auskunftstelle für Gefallene** durch amerikanische Offiziere in **Meiningen** wurde festgestellt, daß weit über eine Million Gefallener nicht als tot gemeldet worden waren. Hinzu kommt noch, daß vom November 1944 bis zum Zusammenbruch im Mai 1945 keine Gefallenen mehr registriert wurden.

Bei vorsichtiger Schätzung bleiben 400 000—500 000 Vermißte von den 2 Millionen übrig. Eine hohe Zahl, aber bei dem Ausmaß und der Art der Kriegführung eine nicht unverständliche Zahl.

Dieser Tatbestand ist eine schlechte Voraussetzung für die Hetze, wie sie in der Kriegsgefangenen-Frage gegen die KPD und SED entfaltet wird. Deshalb wird mit Verdrehungen und Verfälschungen gearbeitet. Deshalb ist auch verständlich, warum man die von der Sowjetunion angegebene Ziffer von 890 000 aus 4 Millionen Kriegsgefangene umfälschen muß. An die Vereinigten Staaten, an England, an Frankreich, in deren Bereich sich die Hauptzahl der Kriegsgefangenen immer noch befindet, will Dr. Schumacher keine Forderungen stellen. Die SPD-Führer brauchen die Hetze gegen die KPD—SED und Sowjetunion, um abzulenken von ihrem Tun, das in den verschiedenen Ländern der Westzonen durch eine widernatürliche, die Interessen des werktätigen Volkes schädigende Koalitionspolitik charakterisiert ist.

Nicht nur, daß sich die große Zahl der Kriegsgefangenen noch bei den westlichen Alliierten befindet, auch einige der Besonderheiten dabei, verdienten, von der deutschen Oeffentlichkeit und den Politikern, denen das Schicksal der Kriegsgefangenen ernst und nicht nur fal

Agi ationsmittel ist, beachtet zu werden. In Nordafrika sitzen immer noch Tausende antifaschistische Kriegsgefangene, die unter Hitler in die Strafdivisionen des dritten Reiches gepreßt worden waren. Hunderttausende Nationalsozialisten sind aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden, diese Antifaschisten noch nicht! Der französische Abgeordnete Grumbach hat über die Behandlung dieser antifaschistischen Kriegsgefangenen erschreckend deutlich im vergangenen Sommer bei einem Presse-Interview in Hannover ausgeführt, daß er diese Behandlung „unklug, ungerecht und unmenschlich" finde.

Die Reaktion in Deutschland hat die Hetze gegen die KPD und SED notwendig. Sie ist ein Teil ihres volksfeindlichen Programms. Daß die sozialdemokratischen Führer in dem Chor dieser Hetze die erste Geige spielen, mag viele verwundern und auch verwirren. Der Sinn der Hetze der SPD-Führer liegt aber auf der Hand. In der von ihnen gewollten Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung ist er zu suchen.

sländische Lebensmittel für Deutschland

rwegen hat den Westzonen 7000 Tonnen Walöl angeboten,
emark 150 Tonnen Schmalz,
rwegen bietet Fische an,
land Saatgutkartoffeln,
ien und andere Staaten Lebensmittel der verschiedensten Art.

Tagesförderung Kohle würde, wie der Ernährungsminister von rhein-Westfalen, **Lübke**, ausführte, genügen, um beispielsweise Belieferung der Bergmannpunkte zu decken.

Gramm Fett je Zuteilungsperiode könnte mehr zugeteilt werden, n die vom Ausland angebotenen Oelkuchen ausgewertet werden ten.

Lieferungen sollen allerdings auf der Basis langfristiger Kreditommen erfolgen.

eral **Clay** erklärte auf einer Pressekonferenz am 14. 5., es sei nicht bekannt, daß alliierte Stellen einem solchen Kreditabkom widersprochen hätten.

nna **Sewall**, Direktor der Militärregierung von Württemberglen, teilte indessen auf einer Pressekonferenz am 19. 5. mit, der nd für die Ablehnung von Lebensmitteleinfuhren aus Dänemark Italien habe darin gelegen, daß die angebotene Ware im Vergleich ihrer Qualität zu teuer gewesen sei. Amerika sei jedoch bemüht, tschland mit preiswerten Waren zu versorgen.

D Chaos in der Wirtschaft

rhängnisvolle Zweizonen-Politik

Von **Willy Grimm**

III. Kapitalmäßige erfremdung führt zum Kolonialstatut

Grundbedingung für die Ueberwindung der wirtschaftlichen Not ist die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands."

Die bisherige Zonen- und Zweizonenpolitik ist ihr entgegengesetzt. Vom jetzt zwischen den USA und England abgeschlossenen Zweizonenabkommen ist nicht zu erwarten, daß die Zerfallserscheinungen in der Wirtschaft der Westzonen gestoppt werden. Ueber den neuesten Entwurf eines Statuts des neuzubildenden bizonalen Wirtschaftsrates schreibt „**Die Neue Zeitung**", „daß man anscheinend eine Form gefunden hat, die der demokratischen Kontrolle über die Wirtschaft beider Zonen voll Rechnung trägt, ohne die Wesenszüge einer politischen Vereinigung zu haben." Einer echten politischen Vereinigung Deutschlands sei nicht vorgegriffen. Im Gegensatz dazu erklärte der Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier ganz richtig: „**Bizonale Behörden ausschließlich für wirtschaftliche Aufgaben einzurichten nach Art der Zweizonenämter in** ihrer bisherigen Form sei nicht möglich, da **Wirtschaftseinheit und politische Einheit gebunden sei**", und positive Ergebnisse von bizonalen Gebilden nicht erwartet werden können.

General Robertsen hielt es für nötig zu erklären, daß der Wirtschaftszusammenschluß der Zonen keine „**politische Teilung**" Deutschlands bedeuten würde. Abgesehen davon, daß die verhängnisvolle Länder- und Zonenwirtschaft primär die Ursache für den politisch unheilschwangeren Zustand in den Westzonen und ganz Deutschland ist, wird ein reichliches Maß von Ahnungslosigkeit zugemutet, zu glauben, wirtschaftliche Maßnahmen könnten ohne politische Folgen bleiben. Gerade in dem angesteuerten bizonalen Wirtschaftskurs ist man gezwungen, die Schaffung von Tatsachen zu erblicken, die die kommende Londoner Konferenz politisch vorbelasten. Liegt, über das Maß der politischen Seite für die Westzonen hinaus, nicht eben darin eine politische Zielsetzung? Die demokratische Kontrolle der Wirtschaft aber wird nicht gewährleistet durch undemokratisch eingesetzte Instanzen und eine „Verantwortlichkeit" bei der man vergebens die demokratischen Voraussetzungen sucht. Demokratisierung der Wirtschaft erforderte die Ausschaltung der Trusts und Bankherren, der deutschen wie der ausländischen, Produktionsplanung und -kontrolle und das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen. Wo stehen wir damit in den Westzonen? Und soll uns der neue bizonale Wirtschaftsrat um einen Schritt diesem Ziele näherbringen? Das zu behaupten wäre ebenso kühn, als es falsch wäre.

Die Zweizonenwirtschaft und Zweizonenpolitik ist bisher das Spiegelbild des Konkurrenzkampfes verschiedener finanzkapitalistischer Gruppen des Auslandes um Besitz und Ausbeutung der deutschen Wirtschaft gewesen. Es ist wahrscheinlich, daß wir nur in eine neue Etappe dieses Kampfes eingetreten sind. In dieser Richtung liegen die durchsickernden Nachrichten, daß in der sich vollziehenden Aenderung der Besitzverhältnisse innerhalb der westdeutschen Industrie, die Morgangruppe gegenüber den Konkurrenten, Luxemburg-lothringische Schwerindustrie und den engli-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Flüchtlinge im Kampf um Lebensexistenz

ir Volksbegehren in Bayern bereits 200 000 Unterschriften erreicht

Dem Informationsblatt der KPD Bayern entnehmen wir, daß 200 000 Unterschriften bereits am 15. Mai für das Volksbegehren zur dauernden Lösung des Flüchtlingsproblems in Bayern geleistet waren. Durch die unermüdliche Arbeit der Flüchtlinge, fortschrittlicher Menschen und durch die Unterstützung der Kommunistischen Partei ist dies erreicht worden.

Die Kampagne ist noch in vollem Gange. In Ingolstadt haben sich 3500 Personen, Starnberg 2500, Dachau 1800, Freising 820, Weilheim 2300, Wasserburg 700 und in München-Stadt über 20 000 in die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren eingetragen. Es wird erwartet, daß angesichts dieser guten Teilergebnisse die nötige Zahl an Stimmen aufgebracht wird, um das Volksbegehren durchzusetzen.

Die CSU bekämpft das Volkbegehren der Flüchtlinge. Bei der Partei der Reaktionäre Dr. Hundhammer und Dr. Horlacher nimmt dies nicht wunder. Bezeichnend aber ist, daß die Pressestelle der SPD sich gleichfalls gegen das Volksbegehren ausgesprochen hat, weil angeblich im Flüchtlingsgesetz alle Flüchtlingsforderungen enthalten seien. Der Grund dürfte für diese den Flüchtlingen feindliche Haltung die Koalitionspolitik der SPD in Bayern sein; denn es ist Tatsache, daß trotz Flüchtlingsgesetz noch keinerlei Maßnahmen durchgeführt worden sind, die den Flüchtlingen zu einer Lebensexistenz und Sicherung ihrer Zukunft verhelfen.

Das Volksbegehren der Flüchtlinge, ihr Kampf um dessen Durchsetzung ist Zeugnis für eine richtige Grundhaltung. Der von Tag zu Tag schwerer werdenden Lage der Flüchtlinge wird nicht gesteuert mit Hoffnung und Tröstung auf Rückkehr in ihre frühere Heimat. Die Flüchtlinge Bayerns haben mit Tatkraft den richtigen Weg beschritten, um sich in der neuen Heimat eine Lebensexistenz zu gründen.

In Nordbaden befinden sich gegen 200 000, in Württemberg-Baden über 600 000 Flüchtlinge. Ihnen mag der **Kampf der Flüchtlinge in Bayern ein Beispiel sein!**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Verhängnisvolle Zweizonen-Politik

(Fortsetzung von Seite 1)

schen Interessenten, in Vorhand gekommen ist. In erheblichem Maße sichern sich ausländische Interessenten, voran die amerikanischen, Einfluß und Eigentumsrechte auf die deutsche Wirtschaft. Die kapitalmäßige Ueberfremdung macht sich bemerkbar in der mangelnden Produktionsgestaltung und der Art des durchgeführten Zwangsexportes; auch bereits darin, daß für ausländische Kapitalbeteiligung Privilegien geltend gemacht werde[illegible] hat das Zweizonen-Wirtsch[illegible] abgelehnt Produktions- und [illegible]privilegien einzuräumen, ab[illegible] ihm zugeordnete englische[illegible] partite Economic Co[illegible] Groupe" hat die Erwartu[illegible] gesprochen, daß den mit al[illegible] Kapital arbeitenden Firm[illegible] „gebührende Verständnis" en[illegible] gebracht wird und Klage[illegible] „Property-Control-Stellen" [illegible] wollend erwogen" werden. Die Stuttgarter „Wirtschaftszeitung" hat kürzlich unter Würdigung dieser Tatsache der Besorgnis Ausdruck gegeben, „daß es sowohl unzweckmäßig, wie ungerechtfertigt wäre, dem ausländischen Kapital auf Grund der gegenwärtigen politischen Konstellation ähnliche Kapitulations-Privilegien zu verschaffen, wie sie etwa in Aegypten oder China in der Epoche der kolonialen Ausbeutung bestanden."

Ueber eine ruinierte Wirtschaft gelang das leichte Eindringen und die kapitalmäßige Ueberfremdung. Es wird tatsächlich die koloniale Ausbeutung eines hochentwickelten Industrievolkes, wie es das deutsche ist, durch ausländische Finanzgruppen gestartet. Struktur und Tendenz des Westzonenexportes bestätigen den Kolonialcharakter, den ausländische Monopolisten der deutschen Wirtschaft zu geben gewillt sind. Länderpartikularismus, Zonen- und Zweizonenpolitik erscheinen ihnen dabei die günstigsten Bedingungen zu sein, die Ausblutung der deutschen Wirtschaft zu ihrem Vorteil zu betreiben. Schluß folgt.

Unter der Lupe

Katastrophale Zustände in der Kinderklinik Heidelberg

Umlaufende Gerüchte, wonach die verantwortliche ärztliche Betreuung der in der Kinderklinik untergebrachten ca. 300 Kinder sehr zu wünschen übrig ließe, wurden inzwischen als „leider" zutreffend bestätigt. Der Betriebsrat der Kliniken wurde in Verbindung mit der Gewerkschaft bereits vor rund 8 Monaten beim Ministerium vorstellig, Untersuchungen wurden eingeleitet:

eine Aenderung ist nicht erfolgt!

Zu dem an sich schon schwer belastenden Material gegen die Leitung der Kinderklinik kommt noch [illegible] der Fall aus jüngster Zeit:

Anläßlich von Blutübertragun[illegible] 7 Kindern (!) stellte es sich [illegible] daß der Blutspender an einer [illegible]ren Infektionskrankheit leidet. [illegible] durch wurde eine der gefähr[illegible] Seuchen übertragen, die de[illegible] einiger Kinder nach sich zog.

Der Betriebsrat nahm zu den [illegible] lichen Vorkommnissen wie folg[illegible] lung:

„Herr Prof. Bamberge[illegible] seine ärztliche Aufsichtspflic[illegible] letzt. Dies kommt zum Au[illegible] nicht nur in den Zwischenfäl[illegible] der Blutübertragung, sonder[illegible] in der mangelnden Beaufsic[illegible] der Schwesternschule und der [illegible] überhaupt. Herr Prof. Bam[illegible]ger war vor allem im Jahr[illegible]46 sehr häufig von der Klinik abw[illegible] ohne für hinreichende fachär[illegible] Vertretung zu sorgen. Er hat [illegible]sönliche Freundschaften u[illegible] teressen dem Wohl der Klinik [illegible] angestellt. Die bestehen[illegible] unruhigung im Akademischen [illegible] kenhaus und in der Bevölker[illegible] verursacht

1. durch die schon erwähnte [illegible] gelnde ärztliche Aufsicht,

2. durch die dort herrschenden [illegible] moralischen Zustände.

Wir stellen den Antrag, daß d[illegible] werkschaft beim Ministerium [illegible] stellig wird, daß nunmehr Herr [illegible] Bamberger sowie sein Oberar[illegible] Sefrin bis zur Klärung der [illegible] kommnisse sofort beurlaubt we[illegible]."

Wir erwarten, daß dieser neue [illegible] in Verbindung mit den übrigen [illegible] dalösen Zuständen, endlich das [illegible] sterium veranlaßt, hier schnel[illegible] Abhilfe zu schaffen.

Mosbach

In den ersten Tagen des Monat[illegible] erließ Herr Landrat Dr. Dörzbache[illegible] verschiedenen anderen Prominenten [illegible] Aufruf an das Landvolk, die noch[illegible] handenen Lebensmittelvorräte s[illegible] nigst abzuliefern, um der großen Hu[illegible] katastrophe zu steuern.

Anscheinend besteht diese jedoc[illegible] für bestimmte Bevölkerungsschi[illegible] wäre es doch sonst nicht möglic[illegible] wesen, daß einige Stunden nach [illegible] dieses Aufrufes die führende Prom[illegible] von Mosbach eine mehr als ausged[illegible] Schlemmernacht in der „Krone" ab[illegible] konnte, bei der die führenden P[illegible] lichkeiten des Landratsamtes, der J[illegible] der Stadtverwaltung, Vertreter des [illegible] sowie ehemalige alte Kämpfer des [illegible] reiches, wie z. B. der ehemalige [illegible] wirtschaftsführer Foerstner und [illegible] heutige Landgerichtspräsident Dr. [illegible] schein, ein trautes Stelldichein gaben. Besonders der Letztere ist noch in E[illegible] rung durch seine Tätigkeit als Vors[illegible] der des Erbgesundheitsgerichtes, bei[illegible] er sich durch seine Sterilisations-A[illegible] nungen ganz besonders hervortat.

Vielleicht können uns die minist[illegible] len Stellen Auskunft darüber geben[illegible] her die reichlichen Alkohol- und Le[illegible] mittelmengen kamen, die in dieser [illegible] vertilgt wurden.

Das Volk darbt — die Prom[illegible] schwelgt! Ein wirklich würdiger Au[illegible]

Berolzheim

Es wirkt heute in der Zeit der [illegible] stens berechtigten Hungerstreiks wie ein Faustschlag ins Gesicht, wenn man von Festgelagen hört, wie eines beispielsweise hier veranstaltet wurde. Bei einer Hochzeit trugen nicht weniger als 70 Torten und Kuchen, eine unglaubliche Menge Schinken, Fleisch und Wurst, Schüsseln mit eigelben Nudeln, Weinsaucen und viele Dutzend Eier, etwa 40 Liter Schnaps und andere Dinge, die der gewöhnliche Normalverbraucher nur mehr aus Träumen kennt, zur Besiegelung des Lebensbundes bei. Etwa 25 Gäste, darunter ein Kaplan aus Weinheim, der traumhaften Mengen für durchaus normal hielt und sich sehr warm für die „edlen Spender" einsetzte, waren geladen.

Wir wissen, daß die Mehrzahl unserer Bauern täglich ihre Pflicht getan und mit solchen Elementen wie den eben beschriebenen nichts gemein haben.

Die Saboteure der Ernährung im Westen

Eine Richtigstellung

Die „Volksfürsorge", Lebensversicherungs-Gesellschaft Hamburg, schreibt uns:

„Auf Grund Ihrer Veröffentlichung (vom 17. 4.) halten wir uns verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß der frühere Generaldirektor Pollmann, der ein Nazi übelster Art gewesen ist, im Dezember 1946 auf Grund des Gesetzes Nr. 52 als aktiver Nazi deklariert und seine Pension eingestellt wurde.".

Die Leitung der „Volksfürsorge" findet es „unbegreiflich", daß ein solcher Nazi noch nach dem Zusammenbruch an leitender Stelle stand und bis Dez. 1946 Pension erhielt. - Wir begreifen das sehr gut, denn in unserer Wirtschaft und Verwaltung sitzen überall noch die Nazis und Reaktionäre in leitenden Stellungen (wir nannten in unserer Veröffentlichung am 17. April nicht weniger als 24 Namen) und das wird erst dann besser, wenn auch in den Westzonen die Einheit aller Schaffenden gegen die faschistischen Reaktionäre Wirklichkeit geworden ist.

Deutschland Rundschau

- **Wegen unmenschlichen Verhaltens** und Grausamkeit gegenüber Ostarbeitern wurde ein ehemaliger Betriebsleiter zu nur 5 Jahren Arbeitslager verurteilt. 40 Prozent seines Vermögens darf er behalten.
- **Ein Gesetz zur Arbeitsdienstverpflichtung**, durch welches Neubürger als Landarbeiter verpflichtet werden sollen, befindet sich zur Zeit in Vorbereitung.
- **Ein Mindesturlaub von 12 Tagen** für Erwachsene und 24 Tage für Jugendliche sieht das Urlaubsgesetz vor, das im hessischen Landtag angenommen wurde.
- **Der freie Austausch von Presseerzeugnissen innerhalb Deutschlands**, welcher auf der Moskauer Konferenz beschlossen wurde, wird zufolge einer Erklärung des Botschafters Murphy bald in Kraft treten.
- **Wieder einfache Sommerzeit** wird gemäß Kontrollratsbeschluß am 29. 6. 47 in Deutschland eingeführt werden. Warum nicht gleich?
- **Sämtliche Bodenschätze und sämtliche** Bergwerke werden Eigentum des Landes Sachsen-Rheinland, laut Beschluß des Landtags.
- **Gleicher Lohn für gleiche Leistung** für Männer und Frauen wurde von den Gewerkschaften Bayerns mit den Unternehmern vereinbart.
- **Aus der CDU** ausgetreten ist der gesamte Ortsverband Langen (Hessen) der CDU.
- 47 800 entlassene Kriegsgefangene aus der Sowjetunion trafen in den letzten Maitagen in Frankfurt a. d. Oder ein.
- **Die beschlagnahmten deutschen Inlandpatente** werden wahrscheinlich nicht als Reparationsleistung angerechnet, wie aus unterrichteten Kreisen der amerikanischen Militärregierung Berlins verlautet.

Unbeirrt im Kampf für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung!

11. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl fand am 21. und 22. Mai 1947 in Berlin die 11. Tagung des Parteivorstandes der SozialistischenEinheitsparteiDeutschlands statt, die zu den wichtigsten innerpolitischen Fragen Deutschlands Stellung nahm. Franz Dahlem und Erich W. Kniffke berichteten über ihre Verhandlungen mit den amer. und brit. Militärregierungen und gaben ein eindrucksvolles Bild des Ausnahmezustandes, der über die Anhänger der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Westen und insbesondere in der britischen Besatzungszone verhängt wurde. Einstimmig nahm der Parteivorstand folgenden Beschluß an:

„Der Parteivorstand nimmt den Bericht des Zentralsekretariats zur Kenntnis und billigt die zur Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung eingeleiteten Schritte. Der Parteivorstand sendet allen Genossen der westlichen Besatzungszonen seine Grüße und ermutigt sie, unbeirrt um allen Widerstand ihren Kampf für die Herstellung der Sozialistischen Einheitspartei fortzusetzen. Der Parteivorstand erwartet vom Zentralsekretariat, daß es weiter, wie bisher, den Genossen in ihrem Kampf volle Unterstützung der Partei angedeihen läßt."

Vermißte in Polen

Nachforschungen nach vermißten Deutschen in Polen werden durch das Polnische Rote Kreuz vorgenommen. Die Adresse ist:

Biuro Informacyjne Polski Szerwony Krzyz, Ul. Piusa XI 24/26, Warszawa.

Gedenktage der Woche

- 5. 6. 1945 Unterzeichnung der Deklaration über die Niederlage Deutschlands.
- 1919 Eugen Leviné, Mitglied der bayrischen Räteregierung ermordet.
- 1826 Karl Maria von Weber, Komponist, gestorben.
- 6. 6. 1946 Gerhart Hauptmann gest.
- 1944 Landung der Anglo-Amerikaner in Nordfrankreich.
- 1935 Fiete Schulze, Hamburger Kommunist, Funktionär, hingerichtet.
- 1875 Thomas Mann, Schriftsteller, geboren.
- 1799 Alexander Puschkin, russ. Dichter, geboren.
- 7. 6. 1843 Friedrich Hölderlin, Dichter, gestorben.
- 1525 Florian Geyer, Führer im Bauernkrieg, bei Ingolstadt ermordet.
- 8. 6. 1810 Robert Schumann, Komponist, geboren.
- 1781 George Stephenson, Bahnbrecher des Eisenbahnwesens, geboren.
- 9. 6. 1921 Karl Gareis, USP.-Abgeordneter im bayr. Landtag, in München ermordet.
- 1870 Charles Dickens, engl. Dichter, gestorben.
- 1848 W. G. Belinskij, russ. Publizist, gestorben.
- 10. 6. 1945 Befehl Marschall Shukows über die Zulassung antifaschistischer Parteiorganisationen und der Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone.
- 1924 Der soz. Abgeordnete Matteotti auf Betreiben Mussolinis von Faschisten ermordet.
- 1836 André Ampère, franz. Physiker und Mathematiker, gestorben.
- 11. 6. 1945 Aufruf des Zentralkomitees der KPD an das Deutsche Volk.
- 1934 Erich Mühsam, revol. Dichter, im KZ ermordet.

Um das Brot

Wer lebt und praßt auch heut' noch munter,
Der Bauer nicht – Der Junker!

Die 25 Zimmer des Grafen v. Oberndorf in Neckarhausen

Das Grafenschloß

Landauf, landab sind die Bauernhäuser vollgepfropft mit Flüchtlingen. In Wirtschaften und Schulen und ähnlichen Räumlichkeiten gibt es jetzt noch Neubürger in Massenquartieren. In den ausgebombten Städten wohnen unzählige in halbzerstörten Wohnungen oder in Kellerräumen.

Wie leben aber unsere großen Herren, die Junker und Großgrundbesitzer? Dazu ein Beispiel: Der

Graf von Oberndorf

bewohnt in seinem Schloß in Neckarhausen mit seiner Familie über

25 Räume.

Die gräfliche Familie zusammen mit dem Dienstpersonal zählt 13 Köpfe.

In dem gleichen Schloß ist ein Altersheim des Caritasverbandes untergebracht. In diesem Altersheim, das noch nicht einmal die Hälfte des Schlosses umfaßt,

wohnen insgesamt 76 Personen in 24 Räumen.

76 Menschen, alte und hinfällige Leute und das Pflegepersonal des Heimes, sind auf engem Raum zusammengedrängt, während der Herr Graf so luxuriös lebt, als ob es nicht die geringste Wohnungsnot geben würde.

Das Wohnungsamt Neckarhausen hat vergeblich und erfolglos versucht, weitere Räume des gräflichen Schlosses zu beschlagnahmen. Der Herr Graf erhob Einspruch und die Folge davon ist, daß bis heute sich nichts geändert hat. Vor mehr als drei Monaten haben die Kommunisten im Kreistag die Angelegenheit zur Sprache gebracht; damals wurde Abstellung dieser Verhältnise zugesagt. Bis heute ist nichts geschehen.

Welch höhere Stelle ist dafür verantwortlich, daß solche skandalösen Zustände noch möglich sind?

Der Herr Graf besitzt in Edingen ein **großes Gut.** Der Familie des langjährigen Pächters wurde im vorigen Jahre gekündigt und der Herr Graf nahm das Gut in eigene Regie. D. h. nun nicht etwa, daß er selbst dort die Arbeit, die der frühere Pächter geleistet hat, machen will. Ihm ist es nicht um die Arbeit, sondern um die Kalorien zu tun. Er hat einen Verwalter eingesetzt, und dieser Verwalter soll, und das wäre ja auch nichts Neues hier bei uns im Westen, ein enteigneter Großgrundbesitzer aus der Ostzone sein.

Jedenfalls zeigt auch dieses Beispiel, daß die Schicht der Junker, die einen besonders starken Anteil Schuld an unserer jetzigen Not hat, weder ihr Luxusleben, noch ihre Machtansprüche aufgeben will.

Und deshalb fordern wir, daß endlich auch in den Westzonen die Bodenreform durchgeführt wird. Wir fordern Enteignung der Großgrundbesitzer, ihres Grund und Bodens und ihrer Schlösser und Paläste zugunsten des schaffenden Landvolkes.

Obstablieferung in Nußloch

Die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Nußloch, wendet sich in einem Schreiben gegen die Behauptungen des Großhändlers Anton Winter in der Versammlung der Obst- und Gemüsegroßhändler in Heidelberg über die schlechte Ablieferung der Gemeinde Nußloch. Die Behauptung von Winter, daß in der Gemeinde Wiesloch 5000 bis 6000 Zentner Zwetschgen anfallen müssen, wird als unrichtig bezeichnet, da 1940-1941 700 bis 800 Bäume erfroren sind, was einen Ausfall von annähernd 2000 Zentner Zwetschgen ausmacht. Auch der Vorwurf, daß die Schätzungskommission unrichtige Schätzungen durchgeführt habe, wird zurückgewiesen. **Die Ueberteuerung der Kartoffel und des Gemüses liegen nicht bei den Erzeugern, sondern bei dem Großhandel.** Den Großhändlern ist es nicht, so wird festgestellt, um die Versorgung der schaffenden Bevölkerung, sondern ausschließlich um ihre Profitinteressen zu tun.

Wo bleiben die Düngemittel?

Unsere Mitteilung über graue Marktgeschäfte mit Düngemitteln hat bei vielen Bauern, die vergeblich versuchen Düngemittel zu bekommen, Erregung hervorgerufen. So schreibt man uns von der Bergstraße folgendes:

„Seit Monaten liegen für den hiesigen Obstbauverein, und wie wir hören, auch für andere Obstbauvereine an der Bergstraße die Bezugsmarken für hunderte von Zentnern Düngemittel bei den Lieferern in Mannheim. Bis heute war es nicht möglich, auch nur ein Kilogramm zu erhalten, obgleich die Regierungsstellen bei Ausgabe der Marken feierlich versprochen haben, daß jede Marke eingelöst werde, da genügend Düngemittel bereitgestellt seien. Die Obstbaumdüngung hat in hiesiger Gegend (im Stadtkreis mehr als 100 000 Bäume) unterbleiben müssen."

Wie wir auf telefonische Anfragen bei einer Lieferfirma erfuhren, werden jetzt so langsam die Bezugscheine vom Januar eingelöst. In der Zuschrift wird verlangt, daß gegen Kompensationsgeschäfte mit Düngemitteln, und dieser Forderung schließen wir uns an, schärfstens vorgegangen wird.

Die Kommunistische Partei der US-Zone hat in einer Erklärung verlangt,

„daß die gesamte Produktion von Industriewaren und sonstigen Gebrauchsgegenständen durch die Wirtschaftsämter einer einheitlichen und lückenlosen Kontrolle zu unterstellen sind. Bei den Wirtschaftsämtern aller Verwaltungsstufen sind zu diesem Zwecke Kontrollausschüsse zu bilden, die aus den Vertretern der Gewerkschaften, der politischen Parteien und der bäuerlichen Genossenschaften bestehen".

Nur wenn diese Forderung der Kommunisten verwirklicht wird und wenn die Arbeiter in den Betrieben das volle Mitbestimmungsrecht erhalten, dann wird der Zustand, daß die Düngemittel auf grauen und schwarzen Wegen verschwinden, aufhören und eine reguläre Belieferung der Landbevölkerung möglich sein. Deshalb müssen sich die Bauern auf dem Lande und die Bevölkerung in der Stadt einheitlich hinter diese Forderungen stellen.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) auch im Westen

In großer Zahl gehen uns täglich Bereitschaftserklärungen von Angehörigen aller Schichten zu, die in der SED die entscheidende Kraft zur Rettung unseres Volkes sehen. Jeder ist aufgefordert, mitzuwirken und die untenstehende Erklärung einzusenden.

Bereitschaftserklärung

Ich begrüße die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) auch im Westen als ersten Schritt zur endgültigen Ueberwindung der **Spaltung der Arbeiterbewegung.** Ich erkläre mich bereit, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als Mitglied beizutreten.

Bis zur offiziellen Zustimmung der Militärregierung zur Bildung der SED bitte ich mich vorläufig zu registrieren.

Name: ....

Vorname: .... geb.: ....

Beruf: ....

Ort: ....

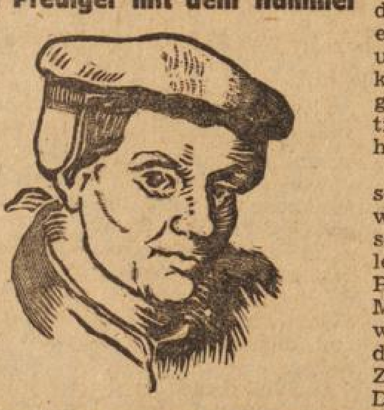
Straße: ....

Arbeitsstelle: ....

Ausfüllen u. abtrennen! Adressieren an Arbeitsgemeinschaft SED — KPD, Mannheim, S 3, 10. — Mitglieder der KPD füllen diese Erklärung nicht aus.

Thomas Münzer

Der Prediger mit dem Hammer



„Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition. Es gab eine Zeit, wo Deutschland Charaktere hervorbrachte, die sich den besten Leuten der Revolutionen anderer Länder an die Seite stellen können. . . " So schreibt Friedrich Engels im „Bauernkrieg". In einer Zeit, da eine jahrhundertlange geschichtliche Fehlentwicklung unser Volk schließlich in das tiefste Grab seiner Geschichte, in den Hitlerfaschismus führte, tun wir gut daran, uns zu erinnern, daß es in jedem Volk zwei Arten von Traditionen gibt. So wie die Kräfte des Fortschritts und der Reaktion durch die Jahrhunderte miteinander ringen, so gibt es neben den reaktionären Traditionen auch eine Tradition, die es heute, da es um die Auferstehung unseres Volkes geht, besonders hervorzustellen gilt. Eine lange und reiche Tradition des Fortschritts und des Freiheitsstrebens.

Zu den besten Gestalten aus unserer deutschen Vergangenheit, die wir insbesondere immer wieder unserer Jugend vor Augen führen wollen, zählt Thomas Münzer, der Prediger mit dem Hammer. Thomas Münzer, Kind einfacher Eltern, ein wahrer Sohn des Volkes, wurde in der Zeit des Bauernkrieges, in der Zeit da es schien, daß sich in Deutschland alles wenden und zu neuer Gestalt finde, zum wahren Vertreter des niederen Volkes.

1520 ist Münzer der erste evangelische Prediger in Zwickau, wo er zum anerkannten Mittelpunkt des Zwickauer Proletariats wird. Wegen seiner Verbindung mit der Sekte der Wiedertaufer mußte Münzer die Stadt verlassen. Nach einem Aufenthalt in Prag, wo er an die Reste der hussitischen Bewegung anzuknüpfen versuchte, um schließlich auch hier ausgewiesen zu werden, wurde er Prediger in Allstedt in Thüringen. Noch vor Luther schaffte er die lateinische Sprache im kirchlichen Gebrauch vollständig ab und betrieb eine starke Propaganda in der Umgegend, die Allstedt zu einem Zentrum seiner revolutionären Anschauungen machte, welche sich aus einer theologisch-religiösen Doktrin immer mehr zu einer revolutionär-politischen entwickelten. Kam seine Religionsphilosophie dem Atheismus nahe, so streifte sein politisches Programm an den Kommunismus. In vielen Schriften und Predigten verkündete er seine Lehre von der Errichtung des Reiches Gottes, des prophezeiten tausendjährigen Reiches der sozial-republikanischen Gleichheit, in dem es keine Klassenunterschiede, kein Privateigentum und keine Unterdrückung mehr gebe. Er entfaltet eine ausgedehnte Propaganda unter Tuchknappen und Webern, unter Bergknappen, Bauern und Plebejern. Gerne folgten die Fürsten der Denunziation und dem Rat Luthers, das „sanftlebende Fleisch zu Wittenberg", wie ihn Münzer nannte, die Anstifter des Aufruhrs und der Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit zu verjagen, und Münzer, verfolgt von den Fürsten und ihren Knechten, ging nach Nürnberg und nach Schwaben, nach dem Elsaß und der Schweiz und nach dem Schwarzwald, wo der Aufstand schon losgebrochen war. Ueberall werbend für den „neuen Bund der Brüder in neuer Freiheit und Gleichheit" wird er Mittelpunkt der ganzen revolutionären Bewegung in Südwestdeutschland. Beim Ausbruch der Bewegung eilt Münzer nach Thüringen zurück, um den Aufstand in Norddeutschland selbst zu leiten. In der freien Reichsstadt Mühlhausen in Thür. schlagen extreme ungeduldige Elemente vorzeitig los und unterrichten unter dem Präsidium Münzers die Regierung eines „ewigen Rates", eine Gemeinschaft, welche die allgemeine proletarische Revolution entfalten wollte und sich als die erste Zelle eines neuen christlichen Staates betrachtete. Das Beispiel Mühlhausens zündete und überall, in Thüringen, in Sachsen, in Hessen und im Vogtland erhoben sich die Bauern gegen die Fürsten. Münzers Heer, der Thüringische Haufen, wurde geschlagen, Mühlhausen wurde genommen und Münzer mit vielen anderen auf die Folter gespannt und am 27. Mai 1525 enthauptet. „Er ging mit demselben Mut auf den Richtplatz, mit dem er gelebt hatte. Er war höchstens 28 Jahre alt, als er hingerichtet wurde." So schreibt Friedrich Engels.

Die Niederlage der demokratischen Volksbewegung des Bauernkrieges im 16. Jahrhundert ist ein nationales Unglück für Deutschland, weil dadurch der rechtzeitige Durchbruch des demokratischen Volkswillens verhindert wurde. Alexander von Humboldt schreibt: „Der große Fehler in der deutschen Geschichte ist, daß die Bewegung des Bauernkrieges nicht durchgedrungen ist." Gestalten von solch politischer Größe jedoch wie Thomas Münzer, verkörpern jene freiheitlichen Traditionen der deutschen Geschichte, an die es heute anzuknüpfen gilt, um ein neues Deutschland im Zeichen eines freiheitlichen Demokratismus zu gestalten.

Neue Bücher

Friedrich Engels: **„Der deutsche Bauernkrieg"**, Verlag J. H. W. Dietz, Nachf., Berlin (2,— RM.).

Angesichts der Enteignung der Junker und adeligen Großgrundbesitzer in der sowjetischen Zone Deutschlands und der Anweisung der Moskauer Konferenz an den Kontrollrat, auch bei uns im Westen eine demokratische Bodenreform durchzuführen, hat diese Darstellung des deutschen Bauernkrieges von Friedrich Engels ganz besondere Bedeutung. Der Werk ist reichhaltig mit zeitgenössischen künstlerischen Darstellungen ausgestattet und man muß zutiefst bedauern, daß die Arbeiter und alle fortschrittlichen Menschen im Westen dieses von den Nazis verbannte und verbrannte Werk eines in der ganzen Welt berühmten und anerkannten Vertreter wahren deutschen Geistes, das einen entscheidenden Abschnitt der deutschen Geschichte behandelt, nur unter den größten Schwierigkeiten zu Gesicht bekommen, weil die Klassiker des Marxismus in der Verlagsproduktion des Westens überhaupt nicht berücksichtigt werden und weil die wirtschaftliche und politische Aufsplitterung Deutschlands ergänzt wird durch die Aufrichtung innerdeutscher Grenzen auf geistigem und kulturellem Gebiet. Hoffen wir, daß wir trotzdem bald die Geschichte der ersten deutschen demokratischen Volksrevolution, des Bauernkriegs, aus der Feder des Altmeisters des Sozialismus, Friedrich Engels, lesen können.

Friedrich Engels: **„Zur Geschichte der preußischen Bauern"**, Verlag J. H. W. Dietz, Nachf., Berlin.

Diese kleine Schrift, in welcher Engels das Schicksal der Bauern in der Zeit nach der sogenannten „Bauernbefreiung" behandelt, entstammt der Einleitung zu dem Buch „Die schlesische Milliarde", des Freundes und Mitkämpfers von Marx und Engels, Wilhelm Wolff.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Authorized by Military Government for Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg